

Systemtransformation gestalten – der Umbauprozess als Aufgabe der Politik

Rede von Dietmar Schütz, Präsident des BEE auf der Jahreskonferenz Erneuerbare Energie ee'11

Berlin, 19. Oktober 2011



Anrede,

es ist etwa vier Monate her, dass der Deutsche Bundestag das so genannte Energiepaket beschlossen hat. Dieses Paket enthält eine ganze Reihe von Gesetzen, die den Umbau unserer Energieversorgung voran bringen sollen. Der markanteste Teil des Energiepaketes war ohne Zweifel das Gesetz zum Atomausstieg. Es steht symbolisch für einen neuen Kurs in der schwarz-gelben Energiepolitik: weg von der längeren Nutzung der Kernkraft – hin zu einem schnelleren Umstieg auf Erneuerbare Energien. Ich will jetzt nicht darüber reden, dass zuvor eine umgekehrte Phase des Wiedereinstiegs in die Atomenergie für sinnvoll erachtet wurde.

Eine solche grundlegende und wohl endgültige Kurskorrektur erfordert Mut. Es ist gut, dass die Regierung diesen Mut aufgebracht hat. Sie hat damit die richtige Konsequenz aus den verheerenden Ereignissen in Japan für die hiesige Energiepolitik gezogen. Und sie hat breite Zustimmung für den Ausstieg aus der Risikotechnologie Atomkraft erhalten – im Parlament wie auch in der Bevölkerung.

Das Gesetzespaket zur Energiewende zeigt aber auch: Es geht nicht nur um den verlässlichen Ausstieg aus der Kernkraft. Es geht um mehr. Wir stehen vor dem kompletten Umbau unserer Energieversorgung. Wir müssen uns von fossilen und atomaren Energieträgern verabschieden und auf regenerative Quellen umsteigen. Und das in allen Bereichen. Im Stromsektor, wie bei der Wärmeerzeugung, wie auch im Verkehr.

Dieser Umbau ist eine Mammutaufgabe für uns alle. Einzelne Korrekturen am bestehenden System reichen dabei nicht mehr aus. Wir stehen vielmehr vor einem grundlegenden Wandel, einer regelrechten Systemtransformation. Die anstehenden Veränderungen sind ähnlich tief greifend, wie der Übergang vom alten Telefon mit Wählscheibe zu einer fast überall verfügbaren Mobilfunkkommunikation. Im Ergebnis werden wir eine intelligente Energieversorgung haben. Mit neuen Energiequellen. Mit neuen Kraftwerken. Mit neuen Übertragungs- und Verteilnetzen. Mit neuen Speichertechnologien. Mit neuen Wettbewerbern und mit neuen Angeboten.

Viele Akteure müssen gemeinsam dafür sorgen, dass der Systemumbau gelingt: Die Politik, die Unternehmen, die Verbraucher. Die Energiewende bedeutet nicht nur Anstrengung, Herausforderung oder gar zusätzliche Lasten. Sie ist vor allem um eine riesige Chance. Mit der Energiewende kann Deutschland zeigen, wie der Übergang in ein neues Energiezeitalter gelingen kann. Das wird nicht nur international ausstrahlen und Nachahmer auf den Plan rufen. Dieses große Projekt wird auch die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft ankurbeln. Neue Technologien und neue Geschäftsmodelle werden entstehen, Deutschland wird neue Exportschlager entwickeln, wie es ja auch bisher schon Exportschlager in diesem Bereich entwickelt hat. Denn wir sind ja bereits mitten drin im Aufbau der Erneuerbaren. Die Energiewende bedeutet alles in allem mithin einen industriepolitischen Aufbruch in eine nachhaltige und erfolgreiche Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz darauf schauen, welche konkreten Herausforderungen in den drei Bereichen Strom, Wärme und Verkehr auf uns warten und mit welchen Instrumenten die Politik diese Herausforderungen aus Sicht unseres Verbandes angehen sollte.

Betrachten wir zunächst den **Stromsektor**. Wenn wir den Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch weiterhin zügig erhöhen wollen, sollten wir zweigleisig fahren. Zum einen müssen wir den Stromverbrauch insgesamt senken, indem wir die Energieeffizienz erhöhen.

Zum anderen müssen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien entschlossen und zügig fortsetzen. Und zwar aller Sparten der Erneuerbaren gleichermaßen: Wind-, Solar- und Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie. Mit diesem Konzert der Energieträger und Technologien garantieren wir, dass von Jahr zu Jahr mehr Strom aus Kernkraft und Kohle durch regenerativen Strom ersetzt werden kann. Heute decken die Erneuerbaren schon 20 Prozent unseres Strombedarfs, das ist eine sehr gute Zahl. In zehn Jahren wird es etwa die Hälfte sein. Vorausgesetzt, die politischen Weichen werden richtig gestellt.

Die Instrumente für den Ausbau der Erneuerbaren im Stromsektor sind bekannt und erprobt: Zu allererst ist es das EEG, das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Es schafft die verlässlichen Investitionsbedingungen, die unsere Branche benötigt. Zentrale Angelpunkte darin bleiben der Vorrang für Erneuerbare und die garantierte Einspeisevergütung. Gleichzeitig muss das EEG immer wieder neu die Balance finden zwischen der notwendigen Kostenbegrenzung für die Förderung auf der einen Seite und einem ausreichenden Investitionsanreiz für den Bau neuer Anlagen auf der anderen Seite.

Mit der jüngsten Novelle des EEG, die ja einen wesentlichen Bestandteil des Energiepaketes ausmacht, ist diese Balance im Großen und Ganzen gelungen. Allerdings: Die Gelegenheit für wegweisende Neuerungen auf dem Weg zu hundert Prozent Erneuerbarer Energie hat die Regierung verschenkt. Hier ist die Beschleunigung des Ausbaus ebenso zu nennen, wie die Markt- und Systemintegration hin zur Systemtransformation.

Was die Systemintegration angeht halten wir nach wie vor den Kombikraftwerksbonus für das politische Instrument unserer Wahl. Meinetwegen können wir ihn dann gerne auch Stetigkeitsbonus nennen. Der Kombibonus kann technische Entwicklungen im Bereich Speicher anreizen und gleichzeitig für einen besseren Ausgleich zwischen regelbaren und fluktuierenden Erneuerbaren sorgen. Im Ergebnis können so größere Mengen regenerativen Stroms ins System gebracht werden.

Es ist außerordentlich bedauerlich, dass die Bundesregierung diesen vielversprechenden Weg bislang noch nicht eingeschlagen hat. Sie muss hier so schnell wie möglich nachlegen und damit auch ihrem Versprechen aus dem

Koalitionsvertrag von 2009 nachkommen. Dafür ist kein neues Gesetzgebungsverfahren notwendig, vielmehr kann ein solcher Bonus nach wie vor über den Verordnungsweg eingeführt werden.

Beim Thema Marktintegration stellt sich für uns die zentrale Frage: Wie kann der Markt fit gemacht werden für die Erneuerbaren? Wie muss ein Strommarkt gestaltet sein, der stetig steigende Anteile von Wind- und Solarstrom problemlos integriert? Die bisherige Logik der Grenzkosten fossiler Kraftwerke funktioniert jedenfalls schon heute immer weniger, wie wir beispielsweise an teilweise negativen Börsenpreisen sehen. Deshalb halten wir auch die optionale Marktprämie, die Bundesregierung neu eingeführt hat, für kein geeignetes Modell. Denn sie versucht, die Erneuerbaren in ein System zu pressen, in das sie auf Dauer nicht passen.

Über die Fragen des passenden Marktdesigns brauchen wir eine breite Diskussion. Erst wenn ein schlüssiges Marktmodell vorliegt, bekommt die Forderung, die Erneuerbaren müssten sich am Markt behaupten, ihre Berechtigung. Der BEE hat mit dem Sammelband „Die Zukunft des Strommarktes“ einen Aufschlag gemacht. Wir haben darin die Positionen namhafter Wissenschaftler zusammengetragen und so die Diskussion angestoßen. Einige der dort vertretenen Experten werden uns hier im Rahmen der Jahreskonferenz ihre Ideen präsentieren, so dass wir den Austausch darüber fortsetzen können. Dass diese Diskussion inzwischen in weiten Teilen der Politik angekommen ist, stimmt uns hoffnungsvoll, hier rechtzeitig zu tragfähigen Lösungen zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist mit dem Energiepaket nicht nur bei den Fragen der Markt- und Systemintegration zu kurz gesprungen. Auch bei der Formulierung ehrgeiziger Ausbauziele ist sie weit hinter den Möglichkeiten geblieben. Wir sollten klar definierte Ziele nicht unterschätzen, denn sie sind Ansporn und Korrektiv zugleich. Darum unterstützt der BEE die Forderung nach einem verbindlichen EU-Ziel für 2030, die Josche Muth vom europäischen Dachverband EREC eben vorgetragen hat. Nur ein verbindliches, gemeinsames Zwischenziel stellt sicher, dass wir auf dem ambitionierten Pfad hin zu 100 Prozent Erneuerbarer Energie schnell genug vorankommen.

Doch nicht nur die Bundesregierung muss für das richtige Tempo sorgen. Auch Länder und Kommunen sind gefragt. Sie haben beispielsweise mit den Vorgaben für Flächenausweisungen ein wichtiges Instrument in der Hand. Und tatsächlich: Hier hat sich Einiges getan. Länder und Kommunen haben den Nutzen der Erneuerbaren für die regionale Wertschöpfung und für den Beitrag zum Klimaschutz erkannt und setzen verstärkt auf deren Ausbau. Nur drei Beispiele:

Baden-Württemberg will die rote Laterne bei der Nutzung der Windenergie loswerden und hat dafür eine Änderung des Landesplanungsgesetzes auf den Weg gebracht. Danach soll es in der Regionalplanung künftig nur noch Vorranggebiete für Windenergieanlagen geben und keine Ausschlussgebiete mehr.

Auch im CSU-regierten Bayern bekommt die Windkraft jetzt erheblichen Rückenwind. Das dortige Umweltministerium hat bereits planungsrechtliche Änderungen vollzogen, mit denen Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Und noch dieses Jahr soll ein neuer Windenergieerlass verabschiedet werden, der sich an denen von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen orientiert. Ich hoffe, dass diese guten Vorgaben dann auch tatsächlich umgesetzt werden.

Oder schauen wir nach Thüringen: Dort soll die Solarenergie schneller ausgebaut werden, deshalb hat das Land ein 1000-Dächer-Programm aufgelegt. Daraus erhalten kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen einen Zuschuss, wenn sie eine Fotovoltaikanlage auf ihrem Dach neu installieren.

An diesen Beispielen sehen Sie, meine Damen und Herren, dass die Stellschrauben auf allen politischen Ebenen zugunsten der Erneuerbaren Energien gedreht werden können und auch gedreht werden. Wir möchten Länder und Kommunen an dieser Stelle ausdrücklich ermuntern, den vorhandenen Spielraum zu nutzen und damit ihren Teil zu einer beschleunigten Energiewende beizutragen.

Über den dezentralen und flächendeckenden Ausbau der Erneuerbaren Energien hinaus müssen wir aber noch mehr tun für den Umbau unserer Energieversorgung. Die anderen beiden wichtigen Elemente sind neue Netze und Speicher.

Je mehr Erneuerbare ins System kommen, desto mehr Speicherkapazitäten benötigen wir. Hier werden unterschiedliche Technologien an unterschiedlichen Stellen eine Rolle spielen: Hochwertige Batterien in Elektrofahrzeugen ebenso wie stationäre elektrochemische Speicher; unterirdische Druckluftspeicher ebenso wie die Nutzung von Stromspitzen im Wärmesektor. Oder regenerativ erzeugter Wasserstoff und Methan, als vielleicht die Speichermedien der Zukunft.

Die Bundesregierung will vor allem die Forschung im Bereich Speicher unterstützen. Das ist ein richtiger Ansatz. Um zusätzlich den unternehmerischen Ehrgeiz in diesem Feld anzustacheln, können über den Kombikraftwerksbonus auch hier Entwicklung und Einsatz von Speichern angereizt werden. Beispielsweise haben wir in der Biogasbranche immer noch keine ausreichenden Anreize, in Speicher zu investieren. Insgesamt haben wir bei diesem Thema noch die notwendige Zeit. Die sollten wir uns auch nehmen, damit am Schluss die besten und vor allem auch kostengünstigsten Technologien zum Einsatz kommen.

Meine Damen und Herren, anders sieht es bei den Stromnetzen aus. Hier ist Dringlichkeit geboten. Denn inzwischen müssen immer häufiger Regenerative Kraftwerke abgeregelt werden, weil die Netzkapazität nicht mehr ausreicht. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel. Wegen der Netzengpässe verschenken wir Strom, den wir CO₂-frei und ohne Brennstoffkosten erzeugen könnten. Das ist volkswirtschaftlich und aus Klimagründen nicht vertretbar.

Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz als Teil des Energiepaketes ist ein richtiger Baustein, um bestehende Engpässe schneller zu beseitigen. Und wir begrüßen es, dass die Bundesnetzagentur einen öffentlichen Dialog zu einem bundesweiten Netzausbauplan in Gang gesetzt hat. Hier werden die Erneuerbaren aus unserer Sicht zwar noch nicht ausreichend berücksichtigt, aber daran können wir ja noch gemeinsam arbeiten. Zumindest bewegt es sich jetzt in die richtige Richtung.

Und wir haben eine gute Nachricht: Wir können den tatsächlichen Netzausbaubedarf erheblich senken, wenn wir alle Register ziehen: Der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren wird Fernleitungen teilweise überflüssig machen. Die Öffnung des Regelenergiemarktes für alle Erneuerbaren wird das Netz entlasten. Und nicht zuletzt können abschaltbare Lasten in die Fahrpläne der Netzbetreiber eingebunden werden, um Angebot und Nachfrage besser in Einklang zu bringen.

Also: Lassen Sie uns doch erst einmal die rund eintausend Kilometer Höchstspannungsleitungen bauen, über die weitgehende Einigkeit besteht. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten, dann sind wir schon einen großen Schritt weiter. Und dann zeichnet sich auch ein realistischeres Bild vom weiteren Bedarf ab. Ich bin sicher, dass es die notwendige Zustimmung der Menschen vor Ort für den Netzausbau gibt, wenn wir frühzeitig auf die Betroffenen zugehen und den Bedarf für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gut begründen können. Dies ist die Akzeptanzformel für den Netzausbau. Hier sehe ich auch uns als Branche der Erneuerbaren in der Pflicht. Und auch die Umweltverbände BUND und NABU haben hier schon signalisiert, dass wir bei diesem Thema gemeinsam vorangehen können.

Aber auch die Politik kann und sollte ihren Beitrag leisten. Ich habe dazu in der letzten Verbänderrunde zur Energiewende bei der Bundeskanzlerin vorgeschlagen, eine bundesweite Akzeptanzkampagne für die Energiewende aufzulegen. Darin sollte für das Projekt als großes Ganzes geworben werden, in deren Kontext die einzelnen Projekte stehen, und Vorteile für jeden einzelnen aufgezeigt werden. Dann bin ich zuversichtlich, dass wir die Entwicklung in der Fläche schaffen.

Was sind also – zusammengefasst – die politischen Bausteine für die Energiewende im Stromsektor?

- Zuerst die angemessene Weiterentwicklung des EEG und die Einführung des Kombikraftwerksbonus.
- Zusätzlich benötigen wir größere Anstrengungen beim Thema Energieeffizienz.
- Länder und Kommunen müssen ihre Spielräume zugunsten der Erneuerbaren nutzen und so den Ausbau vor Ort beschleunigen.
- Beim Thema Netze gilt der Satz: Taten statt Worte! Hier muss die Politik helfen, den Prozess deutlich zu beschleunigen.

- Und lassen Sie uns alle gemeinsam für die Akzeptanz notwendiger Infrastruktur werben.

Meine Damen und Herren,

wenn wir auf den **Wärmesektor** blicken, stellt sich die Lage weitaus schwieriger dar. Sie kennen die Zahlen. Die Hälfte unseres gesamten Energieverbrauchs dient der Wärmeerzeugung. Der Anteil der Erneuerbaren beträgt hier allenfalls 10 Prozent. Es ist also noch ein weiter Weg zur regenerativen Vollversorgung. Um auf diesem Weg endlich schneller voran zu kommen, brauchen wir – wie auch im Stromsektor – zu allererst mehr Energieeffizienz. Denn Effizienz ist die legitime Schwester der Erneuerbaren.

Es ist daher äußerst bedauerlich, dass der Bundesrat dem einzigen konkreten Ansatz aus dem Energiepaket für Energiesparmaßnahmen im Gebäudebereich nicht zugestimmt hat. Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Modell, Sanierungen mit besseren Steuerabschreibungsmöglichkeiten anzureizen, ist ein notwendiger und erfolgsversprechender Baustein. Hier müssen Bund und Länder so schnell wie möglich zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Nicht die in letzter Zeit häufig bemühten so genannten Wutbürger sind hier die Bremsen, sondern kurzsichtige Finanzminister in den Ländern.

Zumal das Argument der Bundesländer, die drohenden Steuerausfälle nicht verkraften zu können, nicht sticht. Vielmehr führen steuerliche Anreize für die Gebäudesanierung zu privaten Investitionen, die wiederum Steuereinnahmen an anderer Stelle generieren, etwa durch Umsatz- oder Gewerbesteuern. So können die öffentlichen Haushalte – auch die der Länder – am Ende sogar mit einem Plus abschließen.

Die Politik muss nicht nur die Sanierungsquote im Gebäudebestand deutlich erhöhen, sie muss auch dafür sorgen, dass im Sanierungsfall Erneuerbare Energien in den Häusern zum Einsatz kommen. Dafür bedarf es eines klugen Mixes aus ordnungspolitischen Vorgaben und finanziellen Anreizen.

Es gilt zum einen, das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz auf Bundesebene weiterzuentwickeln. Bisher stellt es lediglich einen ersten Schritt für mehr Erneuerbare dar. Denn es ist auf Neubauten beschränkt und bietet zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten. Baden-Württemberg ist mit der Ausdehnung seines Wärmegesetzes auf Altbauten immerhin schon den nächsten Schritt gegangen. Der Bund sollte die dortigen Erfahrungen für seine Novelle des Wärmegesetzes nutzen.

Gesetzliche Vorgaben müssen jedoch unbedingt ergänzt werden durch finanzielle Anreize für den Austausch veralteter Heizungsanlagen gegen regenerative Heizsysteme. Mit Holzpelletöfen oder Hackschnitzelheizungen, Wärmepumpen oder Solarthermieanlagen stehen verschiedene Technologien und Möglichkeiten bereit.

Doch die höheren Anfangsinvestitionen wirken hier immer noch abschreckend für viele Hausbesitzer. Deshalb sind verlässliche Zuschüsse erforderlich.

Ein haushaltsabhängiges Instrument wie das Marktanreizprogramm bringt die notwendige Verlässlichkeit allerdings nicht. Im vergangenen Jahr konnten wir beobachten, wie der plötzliche Förderstopp einen Einbruch der Absatzzahlen bei den Herstellern von Pelletheizungen, Solarthermieanlagen und Wärmepumpen zur Folge hatte. Mit derartigen Unwägbarkeiten können weder die Verbraucher noch die Unternehmen der Branche solide planen.

Daher brauchen wir ein neues Instrument, das unabhängig vom Bundeshaushalt funktioniert. Der BEE hat mit seinem Wärmeprämienmodell bereits im vergangenen Sommer einen konkreten Vorschlag dazu vorgelegt. Danach finanziert der Wärmesektor seinen Umbau künftig selbst. Diejenigen, die Öl und Gas im Wärmemarkt verkaufen, zahlen pro verkaufter Einheit fossilen Brennstoffes eine Erneuerbare-Wärme-Prämie. Mit den Einnahmen werden Investitionen in regenerative Heizungen bezuschusst.

Die wesentlichen Vorteile dieses Instrumentes lauten: haushaltsunabhängige Mittelausstattung, mehrjährige Laufzeit, technologiespezifische Förderung, transparente Degression der Fördersätze.

Mein Eindruck ist, dass ein derartiges Instrument in den Fraktionen des Deutschen Bundestages mehr und mehr Unterstützung findet. Daher sehen wir vor dem Hintergrund der ausgerufenen Energiewende die reale Chance, bei den Förderinstrumenten im Wärmesektor jetzt einen regelrechten Quantensprung zu machen. Für den Dialog zur konkreten Ausgestaltung der Wärmeprämie stehen wir jederzeit bereit. Auf jeden Fall müssen wir im Wärmefeld große Schritte machen.

Meine Damen und Herren, die anstehenden politischen Aufgaben im Wärmesektor sind also:

- mehr Effizienz durch verstärkte Sanierungsanstrengungen – in der Frage der Steuerabschreibungen müssen sich die Bundesländer jetzt bewegen;
- mehr Einsatz von Erneuerbaren Energien in Gebäuden – dafür braucht es den richtigen Mix von fordern und fördern, den Bund und Länder gemeinsam auf den Weg bringen müssen;
- mehr Verlässlichkeit bei der finanziellen Förderung regenerativer Technologien im Wärmebereich – das BEE-Modell einer Wärmeprämie gibt hier die Richtung vor.

Und wie sieht es im **Verkehrssektor** aus? Noch immer ist der Verkehr zu rund 90 Prozent abhängig von Erdöl. Um den Umstieg auf Erneuerbare zu schaffen, stehen wir vor großen Herausforderungen. Wir müssen wie auch im Wärmesektor die Energieeffizienz schneller steigern als bisher und gleichzeitig Biokraftstoffe und Erneuerbare Elektromobilität zügig voranzubringen.

Was die Effizienz der Fahrzeuge betrifft, muss sich die Bundesregierung von ihrer bisherigen Bremserposition in Brüssel lösen. Wir brauchen unbedingt einen anspruchsvollen europäischen CO₂-Grenzwert für Neufahrzeuge für das Jahr 2020. Treibhausgasminderungen durch Biokraftstoffe oder durch den Einsatz regenerativ erzeugten Stroms sollten dabei nicht auf den Grenzwert angerechnet werden. Nur so sind maximale Anstrengungen der Autohersteller zu erwarten und nur so können wir den Energiebedarf im Verkehrssektor kontinuierlich senken.

Denn dass es bisher viel zu langsam vorangeht mit sparsamen Fahrzeugen und neuen, intelligenten Fahrzeugkonzepten, konnte man gerade erst auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt erleben. Ob wir 2020 tatsächlich eine Million Elektrofahrzeuge auf den Straßen haben, die auch tatsächlich relevante Strecken fahren, ist für mich noch offen. Die Halle für Elektromobilität auf der IAA wirkte auf mich eher wie schmückendes Beiwerk zu der Vielzahl an großen neuen Spritfressern, die auch in diesem Jahr wieder die Oberhand bei den Ausstellern hatten.

Was die Biokraftstoffe angeht, so sind diese in eine regelrechte Vertrauenskrise geraten. Dazu hat eine völlig missratene Informationspolitik der Regierung und ebenso beigetragen wie die überzogenen Attacken einer ungewöhnlichen Koalition aus Mineralölwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und NGOs. Immer wieder wurde hier der Gegensatz ‚Tank versus Teller‘ konstruiert. Das ist insofern völlig paradox, da dieser Vorwurf bei den Biokraftstoffen ausgerechnet den einzigen Bereich der landwirtschaftlichen Produktion trifft, der seit Beginn des Jahres EU-weit verbindliche Nachhaltigkeitsstandards nachweisen muss.

Wenn die Politik in dieser Frage aus der Sackgasse kommen will, darf sie den Vergleich mit den realen Produktionsbedingungen der fossilen Kraftstoffe nicht länger scheuen. Der Anteil der schwer zu erschließenden Ölquellen wie Teersand oder Schwerstöl an der weltweiten Ölförderung steigt. Auch Bohrungen in der Tiefsee oder der Arktis sind auf dem Vormarsch. Vor diesem Hintergrund müssen die völlig überholten CO₂-Referenzwerte für fossile Kraftstoffe endlich den neuen Realitäten angepasst werden. Damit würde die Bewertung des Klimaschutzbeitrags der Biokraftstoffe eine ehrliche Grundlage erhalten und letztlich noch besser ausfallen.

Der Beitrag zum Klimaschutz von Elektrofahrzeugen hängt im Wesentlichen am verwendeten Fahrstrom. D. h., Elektromobilität wird erst durch Erneuerbare Energien klima- und umweltfreundlich. Gleichzeitig können Batterien von Elektrofahrzeugen in der Summe dazu beitragen, Lastschwankungen im Netz auszugleichen. Damit sind

Elektromobilität und Erneuerbare natürliche Partner, die es gemeinsam auszubauen gilt.

Entscheidend für den Beitrag der Elektromobilität zur Energiewende sind Lademanagement und zugehörige Infrastruktur. Erst intelligentes Laden ermöglicht die gezielte Aufnahme von Wind- und Solarspitzen in den Fahrzeugbatterien oder später auch Netzstützung durch Rückspeisung von Strom ins Netz. Um diese Interaktion zwischen Netz und Fahrzeug zu ermöglichen, gehört nach unserer Ansicht ein intelligenter Stromzähler ins Fahrzeug.

Zudem muss ein diskriminierungsfreier Zugang zur entstehenden Ladeinfrastruktur gewährleistet werden, damit eine Vielfalt von Anbietern und Fahrzeugen den Markt der E-Mobilität belebt. Die Politik kann hier durch rechtzeitige Vorgaben bei Normung von Steckern und technischen Standards die notwendige Offenheit und Investitionssicherheit schaffen.

Der Bundesverband Solare Mobilität hat mit seinem Konzept zur Innovationsförderung Erneuerbarer Elektromobilität – kurz IDEE – einen ganzheitlichen Ansatz erarbeitet, der Antriebstechnologie, Batterie und Infrastruktur gleichermaßen fördert. Ziel der IDEE sind netzfreundliche Elektrofahrzeuge mit hochwertiger Leistungselektronik. Dieser Ansatz unterstützt die heutige Stärke Deutschlands im Bereich Leistungselektronik und kann auch private Investoren zum Aufbau von Ladepunkten motivieren.

Die Politik hat also auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eine Vielzahl von Möglichkeiten, Erneuerbare Elektromobilität sinnvoll zu fördern, wenn sie Nutzervorteile mit Technologieförderung sinnvoll verknüpft.

Für den Verkehrssektor sehe ich also im Kern folgende politische Handlungsanweisungen:

- Ambitionierte CO₂-Grenzwerte auf europäischer Ebene unterstützen
- Biokraftstoffe aus der Defensive befreien, indem die realen Klima- und Umweltbelastungen durch fossile Kraftstoffe zum Maßstab gemacht werden
- Erneuerbare Elektromobilität voranbringen durch Vorgaben für eine diskriminierungsfreie Infrastruktur und intelligente Förderung von netzfreundlichen Fahrzeugen.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen zentralen Punkt in der Debatte um die Energiewende kommen: die **Kosten**. Wir Erneuerbaren wissen: Natürlich ist die Preisgestaltung eine zentrale Frage für Bürger und Unternehmen. Sie ist auch eine zentrale Frage für die Akzeptanz der Energiewende.

Für den Umbau sind hohe Investitionen erforderlich. Daher müssen Verbraucher und auch Unternehmen in einer Übergangszeit etwas mehr für die Energie bezahlen. Das wollen und dürfen wir nicht verhehlen. Aber a la longue sind die Erneuerbaren

Energien der einzige Garant für stabile und dauerhaft bezahlbare Energiepreise. Daher ist jeder Euro, den wir jetzt investieren, gut angelegt.

Die Politik muss dafür sorgen, dass sich der steigende ökonomische Nutzen der Erneuerbaren Energien stärker in der Preisgestaltung niederschlägt. Es kann nicht mehr angehen, dass die Erneuerbaren an der Strombörse die Preise senken und genau dieser Effekt über eine erhöhte EEG-Umlage dann auf die Erneuerbaren zurückschlägt. Hier brauchen wir neue, andere Umlageverfahren, die eben auch die Nutzenseite berücksichtigen.

Und angesichts der zum Teil hysterischen Warnungen vor einer drohenden Deindustrialisierung Deutschlands durch steigende Energiepreise empfehle ich einen nüchterneren Blick, den auch die Regierung bisher beibehalten hat. Wir wollen alle keine Auswanderung von Industrien. Aber nicht jeder Aufschrei über steigende Belastungen ist berechtigt.

Sicher, in einem so fundamentalen Umbauprozess wird es auch Verlierer geben. Aber auf der anderen Seite stehen viele Gewinner.

Dabei habe ich beileibe nicht nur die Unternehmen unserer Branche im Kopf. Einige Beispiele: Siemens-Chef Löscher stufte im Spiegel-Interview die Energiewende in Deutschland als "Jahrhundertprojekt" ein. Siemens erwarte durch Aufträge für Windparks, Gaskraftwerke sowie die verlustarme Übertragung von Strom einen regelrechten Schub.

Oder nehmen Sie Bosch: Kaum ein Top-Manager hat sich nach der Atomkatastrophe in Japan so eindeutig gegen Kernenergie ausgesprochen wie Franz Fehrenbach. Und er hat immer wieder die Chancen des Umbaus betont. Schon heute macht Bosch rund ein Drittel des Gesamtumsatzes mit grünen Produkten und nachhaltigen Technologien – darunter auch zahlreiche Komponenten der Erneuerbaren.

Und ausgerechnet Trimet, führender Aluminiumproduzent und nach der Bahn größter Stromverbraucher in Deutschland, setzt ebenfalls große Hoffnungen auf den Umbau unserer Energieversorgung. Denn Aluminium wird auch bei den Erneuerbaren in großem Stil gebraucht, sei es für Stromtrassen oder Windräder.

Meine Damen und Herren,

diese Beispiele illustrieren noch einmal: Die Energiewende ist eine große Aufgabe – für die Politik, die Unternehmen, die Verbraucher. Und sie ist gleichzeitig eine riesige Chance für unser Land:

Die Energiewende bedeutet technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt und Technologieführerschaft für den Export. Sie bedeutet zunehmende Unabhängigkeit von Öl- und Gasbaronen. Sie bedeutet Klima- und Umweltschutz. Und sie bedeutet eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung auf Dauer.

Wenn die Politik die Weichen richtig stellt und den Umbau im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor zügig vorantreibt, können wir die Energiewende in den nächsten Jahrzehnten vollenden und vor allem als Industriestandort davon profitieren. Die Branche der Erneuerbaren Energien jedenfalls wird ihren Beitrag leisten, diese Entwicklung mit Investitionen und Innovationen zu unterstützen, wo sie nur kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.